

HANS-JÜRGEN SCHRÖDER

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN  
1936-1939\*

Das deutsch-französische Ringen um die Vorherrschaft in Kontinentaleuropa ist ein Kernproblem der internationalen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen. Namentlich für die Entwicklung des europäischen Staatensystems ist die Bedeutung dieser Rivalität zwischen Paris und Berlin unbestreitbar. Um so mehr überrascht es, daß die Erforschung der deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit trotz der relativ günstigen Quellenlage bisher nur langsam vorankommt. Für die 1920er Jahre hat sich der Forschungsstand in jüngster Zeit zwar entscheidend verbessert, die 1930er Jahre werden von der zeitgeschichtlichen Forschung aber noch immer stark vernachlässigt. Das gilt vor allem für den wirtschaftlichen Aspekt.<sup>1</sup>

Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den beiden Nachbarn – sowohl im privatwirtschaftlichen als auch im handelspolitischen Bereich – bildete in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre ein wesentliches Element auch der politischen Stabilisierung der deutsch-französischen Beziehungen. Der deutsch-französische Handelsvertrag vom August 1927 ist hierfür ein hervorragendes Beispiel.<sup>2</sup> Zugleich benutzte die Berliner Außenpolitik das deutsche Wirtschaftspotential aber auch zur Schwächung des französischen

---

\* Die folgenden Bemerkungen konzentrieren sich auf einige Aspekte der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen: Nicht zuletzt auf Grund des mir zugänglichen Quellenmaterials stehen die Zielsetzungen des Dritten Reiches im Vordergrund, einen weiteren Schwerpunkt bildet die deutsch-französische Rivalität in Südosteuropa. Für ihre anregenden und weiterführenden Beiträge danke ich allen Diskussionsteilnehmern, insbesondere René GRAULT, Raymond POIDEVIN und Jürgen FÖRSTER (Text seiner Intervention, S. 680-682). Vor allem die von Poidevin entwickelte These von einem französischen „economic appeasement“ gegenüber Deutschland hat eine von mir zunächst nicht gesehene neue Dimension der Interpretation der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen eröffnet. – Zur Einführung vgl. den Text der mündlich vorgetragenen Thesen, S. 655-656.

<sup>1</sup> Es wäre zu begrüßen, wenn die von der historischen Forschung bisher vernachlässigten deutsch-französischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit auf ebenso breiter Quellenlage analysiert würden, auf die sich jetzt die detaillierte Untersuchung von Jacques BARIÉTY, *Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale. 10 novembre 1918 – 10 janvier 1925, de l'exécution à la négociation*, Paris 1977, 797 S., stützt.

<sup>2</sup> Zum deutsch-französischen Handelsvertrag befindet sich umfangreiches Material sowohl in den Archives du Ministère des Affaires Etrangères in Paris (insbesondere Bestand Europe 1918-1929, Allemagne, vol. 522-525) als auch im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn (insbesondere Abt. II, Wirtschaft, Frankreich, Handel 13, Bd. 1-48).

Sicherheitssystemen. Ansätze zu dieser dann von Brüning forcierten Politik lassen sich bereits unter Stresemann in der sog. Stabilisierungsphase seit 1925/26 erkennen.

Diese politische Doppelfunktion der Weimarer Außenwirtschaftspolitik<sup>3</sup> wirft zwangsläufig auch die Frage nach dem Stellenwert wirtschaftlicher Probleme in der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen nach 1933 auf. Eine Gesamtanalyse nationalsozialistischer Politik gegenüber Frankreich wird daher auch die Entwicklung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen berücksichtigen müssen. Der folgende Überblick über die Jahre 1936–1939 konzentrierte sich zunächst auf eine Analyse bilateraler Wirtschaftsfragen. Anschließend wird auch die Rivalität der Mächte in Drittländern angesprochen, weil dies für eine Diskussion der politischen Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren erforderlich ist.

In diesem Zusammenhang soll auch die Frage nach den Alternativen der französischen Deutschlandpolitik gestellt werden. Gab es für die französische Diplomatie Möglichkeiten, der nationalsozialistischen Hegemonialpolitik auch mit ökonomischen Mitteln zu begegnen? Oder war das „Ende der französischen Vorherrschaft in Europa“ schon Mitte der 1920er Jahre vollzogen, wie unlängst Stephen Schuker<sup>4</sup> unter Hinweis auf die sich im Dawes-Plan manifestierende relative ökonomische Schwächung Frankreichs formuliert hat?

## I

In der Ausgangsphase des hier zur Debatte stehenden Zeitabschnittes 1936 bis 1939 standen handelsvertragliche Fragen im Mittelpunkt der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Dem nach mehrjährigen Verhandlungen im August 1927 abgeschlossenen deutsch-französischen Handelsvertrag war in seinen zollpolitischen Vereinbarungen schon zu Beginn der Weltwirtschaftskrise durch die französische Kontingentspolitik und die deutsche Aushöhlung des Meistbegünstigungsprinzips seine Basis entzogen worden. Ende 1934 hatten sich Paris und Berlin zwar auf einen neuen Handelsvertrag geeinigt, dieser wurde aber bereits im Mai 1935 von der französischen Regierung vor allem aus binnenwirtschaftlichen Gründen gekündigt. Da die Mitte Juni aufgenommenen Wirtschaftsverhandlungen keine kurzfristige Einigung brachten, trat am 1. August 1935 ein vertragsloser Zustand ein. Angesichts dieser Situation betrachtete es die deutsche Wirtschaftsdiplomatie als eine ihrer Hauptaufgaben, die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen wieder auf eine vertragliche Grundlage zu stellen.<sup>5</sup>

<sup>3</sup>Vgl. demnächst hierzu ausführlicher SCHRÖDER, Hans-Jürgen, Wirtschaftspolitik als Instrument der deutschen Außen- und Revisionspolitik 1919–1933.

<sup>4</sup>SCHUKER, Stephen A., *The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan*, Chapel Hill/North Carolina 1976, 444 S.

<sup>5</sup>Vgl. hierzu das Material in: PA, Abteilung W., Frankreich, Handel 13, Bd. 1.

Die deutschen Bemühungen um den Abschluß eines neuen Handelsvertrages sind vor allem auch auf dem Hintergrund der sich 1936 krisenhaft zuspitzenden deutschen außenwirtschaftlichen Situation zu sehen. Der Mangel an Devisen und Rohstoffen drohte die 1933/34 eingeleitete Binnenkonjunktur und damit einen wichtigen innenpolitischen Erfolg des nationalsozialistischen Regimes zu gefährden. Die Reichsregierung forderte daher zu verstärkten Exportoffensiven auf. Hitler selber wies wiederholt darauf hin, daß die *gegenwärtige Binnenkonjunktur* nur dann aufrechterhalten werden könne, wenn es gelinge, *den Bedarf an lebensnotwendigen fremden Rohstoffen zu decken*, und dies sei *nur gewährleistet, wenn die deutsche Ausfuhr auf einer entsprechenden Höhe gehalten* werde.<sup>6</sup> Durch das mit Schachts Neuem Plan etablierte Prinzip der Bilateralisierung des gesamten deutschen Außenhandels war auch im Warenverkehr mit Frankreich die Steigerung deutscher Exporte die unabdingbare Voraussetzung für den verstärkten Bezug französischer Produkte.<sup>7</sup>

Zur Lösung dieser Frage ist Schacht in den Jahren 1936/37 wiederholt nach Paris gereist, um *dort, wo der Hauptwiderstand gegen Deutschland geleistet* werde, *Luft zu schaffen und den Ring um Deutschland zu lockern*.<sup>8</sup> Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen erwiesen sich jedoch aufgrund der divergierenden außenwirtschaftlichen Interessen beider Länder als überaus schwierig. Während Deutschland in erster Linie daran interessiert war, Fertigwaren zu exportieren und Rohstoffe zu importieren, wünschte Frankreich primär, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Fertigwaren auszuführen, um die Binnenkonjunktur zu beleben. Überdies war es notwendig, das französische Kontingentsystem mit der deutschen Devisenbewirtschaftung in Einklang zu bringen. Die Regelung des Zahlungsverkehrs war nicht zuletzt wegen der französischen Abwertungspolitik ein weiteres wichtiges Problem.

Nach zweijährigen, wiederholt unterbrochenen Verhandlungen, die erst Anfang 1937 nennenswerte Fortschritte zeitigten, einigten sich Paris und Berlin am 10. Juli 1937 auf ein umfangreiches, knapp 200 Druckseiten umfassendes Vertragswerk mit zahlreichen Waren-, Zahlungs-, Transfer- und Reiseabkommen.<sup>9</sup> Für das Dritte Reich waren vor allem folgende drei

<sup>6</sup> Geheimerlaß Hitlers vom 22. März 1935, Nürnberger Dokument NI-550, in: Staatliches Archivlager Göttingen; vgl. auch den Erlaß Hitlers vom 4. April 1936, in: PA, Büro Reichsminister, Erlaß des Führers zur Verbesserung der Rohstoff- und Devisenlage, Bd. 1.

<sup>7</sup> Eine umfassende Untersuchung über den neuen Plan steht noch aus. Zum Problem der Bilateralisierung vgl. etwa ERBE, René, *Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik im Lichte der modernen Theorie*, Zürich 1958, S. 71 ff.

<sup>8</sup> Vertraulicher Bericht aus der Wirtschaftspressekonferenz, 8. Juni 1937, in: BA, Zsg, 101/46.

<sup>9</sup> Deutsch-französisches Vertragswerk vom 10. Juli 1937, in: PA, Abteilung W., Frankreich, Handel 13, Bd. 3; vgl. auch das Rundschreiben der Reichsgruppe Industrie betr. deutsch-französische Wirtschaftsvereinbarungen vom 10. Juli 1937, ebenda. Nicht enthalten ist der Vertrag in der Aufstellung der wichtigsten französischen Wirtschaftsabkommen bei HIRSCH, Anita, *La politique commerciale*, in: SAUVY, Alfred, *Histoire économique de la France entre les deux guerres. Sujets divers*. Paris 1975, S. 46 f.; zur französischen Außenwirtschaftspolitik

Punkte von entscheidender Bedeutung: 1. der hohe Anteil von Rohstoffen (75%) an der deutschen Gesamteinfuhr aus Frankreich; 2. eine Devisenspitze in Höhe von 240 Millionen Reichsmark; 3. das Eisenerz-Koksabkommen.

In dem Erz-Koksabkommen war es der deutschen Seite gelungen, die Erzeinfuhren auf dem hohen Niveau des Jahres 1936 vertraglich zu sichern. Da die französische Erzausfuhr nahezu  $\frac{1}{3}$  der gesamten Exporte Frankreichs nach Deutschland ausmache, sei der deutsche Eisenerzbezug nur mit 17% in das Abkommen *eingebaut* worden, erläuterte Botschaftsrat Hemmen vor der deutschen Presse. Der Rest werde durch zusätzliche deutsche Kokslieferungen an die französische Industrie beglichen. Auf diese Weise sei Deutschland nicht nur ein monatlicher Koksabsatz von 275.000 Tonnen gesichert, sondern es sei auch die *Gefahr einer Steigerung der Eisenerzpreise aufgehoben worden, weil die Kokspreise erfahrungsgemäß den Eisenpreisen vorangingen*. Das Erz-Kohle-Abkommen solle in der Presse *sehr vorsichtig behandelt werden, denn nach dem Vertrage hat Deutschland die gesamte Kokslieferung der französischen Industrie übernommen*. Da eine Umstellung des Bezugs *nicht plötzlich geschehen könne, ergebe sich daraus eine derartige freundschaftliche Beziehung zwischen der deutschen und französischen Industrie, daß sie auf eine Fortsetzung bedacht sein müsse*.<sup>10</sup>

Der umfassende Charakter des Vertragswerkes veranlaßte die offiziöse „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“ zu der Bemerkung, daß *hier ganze Arbeit getan* worden sei. Die *Vollständigkeit und der bis ins einzelne durchdachte Charakter* des Vertrages berechtigten zu der Hoffnung, daß kurzfristig auftauchende Schwierigkeiten und einseitige Abwehrmaßnahmen *endgültig der Vergangenheit angehören*.<sup>11</sup>

Die deutsche Botschaft in Paris sah in dem Handelsvertrag ebenfalls eine gute Grundlage für die Entwicklung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Sie knüpfte vor allem an die Entwicklung des Jahres 1938 Hoffnungen auf eine Belebung des beiderseitigen Warenaustausches. Botschafter Welcke vertrat gegenüber dem deutschen Generalkonsulat in Marseille und den deutschen Konsulaten in Lyon, Bordeaux, Le Havre und Epinal die Auffassung, daß der – in einem Erlaß vom 19. Dezember 1937 formulierten<sup>12</sup> – Aufforderung der Wilhelmstraße zu verstärkten Exportbemühungen für die deutschen Vertretungen in Frankreich für das neue Jahr möglicherweise eine *ganz besondere Bedeutung* zukomme.<sup>13</sup> Der Handelsvertrag vom Juli 1937 habe *theoretisch die Möglichkeit zu einer wesentli-*

*chen Ausweitung des deutsch-französischen Handelsverkehrs geschaffen* und die neue Regelung scheine sich *im wesentlichen gut zu bewähren*, wenngleich ein endgültiges Urteil nach so kurzer Laufzeit des Vertrages natürlich nicht möglich sei. Es komme vor allem darauf an, im Falle einer durchaus möglichen konjunkturellen Erholung der französischen Wirtschaft die Möglichkeiten des deutsch-französischen Vertrages zu nutzen. Die lange Krisenzeit, die Währungsunsicherheit und schließlich das *dauern-de Hin- und Herschwanken des gesamten Preisniveaus* hätten der französischen Wirtschaft *jede Kalkulationsgrundlage und damit jegliche Lust zu Neuinvestitionen genommen*. Der Produktionsapparat der französischen Industrie sei daher überaltert und werde den *erhöhten Anforderungen einer Hochkonjunktur voraussichtlich in keiner Weise gewachsen sein*. Je *kräftiger und plötzlicher* der Konjunkturaufschwung einsetze, desto stärker werde dann die französische Wirtschaft auf die *Einfuhr angewiesen sein, um die erforderlich werdende Modernisierung und Rationalisierung des Produktionsapparates schnell und reibungslos durchführen zu können*. Da eine solche Entwicklung *durchaus im Bereich der Möglichkeit* liege, gelte es, schon jetzt die deutsche Ausfuhr *vorzubereiten*, um gegebenenfalls die deutschen Exporteure ohne Zeitverlust unterstützen zu können; hier liege in den nächsten Monaten eine der *wichtigsten Aufgaben* der deutschen Auslandsmissionen in Frankreich.<sup>14</sup>

Die von der Botschaft formulierten Hoffnungen auf eine Expansion der Exporte nach Frankreich haben sich allerdings nicht erfüllt, da sich der erwartete Aufschwung der französischen Konjunktur nicht einstellte. Die deutschen Ausfuhren nach Frankreich gingen gegenüber dem vertragslosen Jahr 1936 (255 Mill. RM) im Jahre 1938 sogar noch zurück (auf 217 Mill. RM).<sup>15</sup> Angesichts dieser Entwicklung kann es nicht überraschen, wenn die Möglichkeit einer Ausweitung des beiderseitigen Warenaustausches bis zum Kriegsausbruch ein Hauptproblem der deutsch-französischen Wirtschaftskontakte blieb. Hier sind etwa die deutsch-französischen Wirtschaftsgespräche vom Dezember 1938 zu nennen. Sie wurden anlässlich der Frankreichreise von Außenminister Ribbentrop geführt, dessen Besuch allerdings primär auf einen politischen „Ausgleich“ mit Frankreich abzielte.

Selbstverständlich sind die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen auch im Kontext der beiderseitigen politischen Beziehungen zu sehen. Die politische Komponente des Handelsvertrages wurde dann auch von beiden Vertragspartnern herausgestellt. Außenminister Delbos erklärte anlässlich der Unterzeichnung, daß er in dem neuen Vertrag nicht nur einen wirtschaftspolitischen Vorgang sehe, vielmehr habe er auch die Auswirkung auf die weiteren Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Auge. Der Handelsvertrag sei für ihn der Ausgangspunkt für eine *collaboration plus large* auf internationalem Gebiet. Ähnlich äußerten sich Kolonialminister

in der 1930er Jahren vgl. auch HOFFHERR, René, La politique commerciale de la France, Paris 1939, 377 S.

<sup>10</sup> Vertraulicher Bericht aus der Wirtschaftspressekonferenz, 13. Juli 1937, in: BA, Zsg 101/46.

<sup>11</sup> Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz, 12. Juli 1937.

<sup>12</sup> Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 19. Dezember 1937, in: PA, Handakten Wiehl, Vierjahresplan, Bd. 1.

<sup>13</sup> Rundschreiben der Deutschen Botschaft Paris, 30. Dezember 1937, in: PA, Handakten Wiehl, Frankreich, Bd. 23.

<sup>14</sup> Ebenda.

<sup>15</sup> Zahlenangaben nach: Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, herausgegeben vom Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets, München 1949, S. 410f.

Moutat und Handelsminister Chapsal.<sup>16</sup> Zu Recht ging die deutsche Seite davon aus, daß es sich hier nicht nur um spontane Äußerungen handelte, sondern daß die Ansprachen verabredet und bewußt auf den gleichen Ton abgestellt waren.<sup>17</sup>

Auch Botschafter Welzeck äußerte die Hoffnung, daß das Abkommen zum gleichmäßigen Nutzen unserer beiden Länder sich auswirken möge; dann haben wir damit die beste Grundlage geschaffen, dem Wunsche unserer beiden Völker entsprechend auch eine Besserung und Festigung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich einzuleiten, und die beiden großen Nachbarländer ... einander näherzubringen.<sup>18</sup> Die bereits zitierte „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“ erblickte die politische Bedeutung des Abkommens nicht zuletzt darin, daß nur in einer Atmosphäre des Vertrauens eine Regelung möglich werden konnte, die sich von der Interessengemeinschaft Deutschlands und Frankreichs als einem höheren Gesichtspunkt habe leiten lassen. Es sei eine gerechte Lösung gefunden und damit die Aussicht auf weitere konstruktive Möglichkeiten eröffnet worden. Daß die beiden Regierungen auch den Gesichtspunkt berücksichtigten, die Völker einander wirklich näherzubringen, zeige unter anderem das Ausstellungsabkommen, das zahlreichen deutschen Reisenden den Besuch der französischen Hauptstadt ermögliche. Auch andere Verträge wie das erneuerte Filmabkommen und das vor dem Abschluß stehende Luftfahrtabkommen zwischen der Air France und der Lufthansa weisen den Weg zu einer Annäherung wichtiger Wirtschaftskreise diesseits und jenseits der Grenze und damit zu einer begrüßenswerten Befriedung, Besserung und Festigung der deutsch-französischen Beziehungen.<sup>19</sup>

Die Reichsregierung hatte aber offensichtlich kein Interesse, die politische Komponente des Handelsvertrages allzu stark herauszustreichen. Jedenfalls wurde die Presse angewiesen, die politische Seite mit Rücksicht auf die dann wegen des Vertrages entstehenden parlamentarischen Schwierigkeiten in Frankreich auf keinen Fall zu beleuchten.<sup>20</sup> Insbesondere war dem nationalsozialistischen Regime daran gelegen, eine unmittelbare Verknüpfung politischer und wirtschaftlicher Fragen in den Verhandlungen mit Frankreich möglichst zu vermeiden. Vor allem die Verhandlungen Ribbentrops in Paris Anfang Dezember 1938 deuten in diese Richtung.

Die handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes war in ihren Vorbereitungen noch davon ausgegangen, daß in der Unterredung Ribbentrop/Bonnet außer der Frage der Verbesserung der deutsch-französischen politischen Beziehungen ... die Notwendigkeit einer noch engeren wirt-

schaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern eingehend besprochen würde.<sup>21</sup> In den Protokollen der Unterredung vom 6. Dezember nehmen dann allerdings Wirtschaftsfragen einen überaus geringen Raum ein.<sup>22</sup> So unterstrich Außenminister Bonnet zu Beginn des Gesprächs allgemein die Vorteile der deutsch-französischen Annäherung unter besonderem Hinweis auf die kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern und bezeichnete eine Verstärkung des Warenaustausches und den Abschluß eines Reiseabkommens als wünschenswert. Ähnlich erklärte auch der deutsche Außenminister, daß er sich von einer Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete viel verspreche, besonders wenn Frankreich seine Einkäufe auf dem deutschen Markt (eventuell durch Erteilung von Regierungsaufträgen und eine Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zu den französischen Kolonien) verstärke und dadurch das jetzt bestehende Defizit in der Austauschbilanz der beiden Länder wieder ausgeglichen werden könne. Die beiden Minister stimmten darin überein, daß man alles tun wolle, um den gegenseitigen Handel zu erleichtern. Einzelheiten der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen wurden jedoch nicht erörtert. Es war nur konsequent, wenn der Wirtschaftsfragen betreffende Teil des vorbereiteten Presse-Kommuniqués dann auf Wunsch der beiden Außenminister in die amtliche Verlautbarung nicht aufgenommen wurde, denn Ribbentrop und Bonnet konzentrierten sich auf politische Probleme.<sup>23</sup>

Die eingehende Behandlung wirtschaftlicher Fragen erfolgte dann am 7. Dezember<sup>24</sup> in einer Besprechung deutscher und französischer Regierungsvertreter; von französischer Seite nahmen der Leiter der Abteilung für Handelsbeziehungen im Quai d'Orsay, Delenda, und Ministerialdirektor Graf de la Baume, von deutscher Seite der Leiter der handels- und wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Wiehl, und Gesandtschaftsrat Campe teil. Im einzelnen wurden die folgenden Themenbereiche behandelt: Möglichkeiten der Steigerung der deutschen Wareneinfuhr nach Frankreich und der französischen Wareneinfuhr nach Deutschland; Förderung des deutschen Warenverkehrs mit den französischen Kolonien; Förderung von Vereinbarungen zwischen einzelnen Wirtschaftsgruppen der bei-

<sup>16</sup> Entwurf für den wirtschaftlichen Teil eines deutsch-französischen Presse-Communiqués vom 5. Dezember 1938, in: PA, Abteilung W., Frankreich, Handel 13, Bd. 6 (Hervorhebung im Original).

<sup>17</sup> Vgl. Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Reichsminister des Auswärtigen v. Ribbentrop und dem französischen Außenminister Bonnet am 6. Dezember 1938 in Paris, in: ADAP/D IV, S. 411–415; zur Gesamtproblematik der Unterredung den Beitrag von Franz KNIPPING in diesem Band.

<sup>18</sup> Aufzeichnung über die Unterredung Ribbentrop/Bonnet (s. Anm. 22), S. 411.

<sup>19</sup> Aufzeichnung über die deutsch-französische Wirtschaftsbesprechungen am 7. Dezember 1938 in Paris, in: ADAP/D IV, S. 416–420. Ergänzungen zu dem gedruckten Dokument bietet die Aufzeichnung Campe vom 7. Dezember 1938, in: PA, Handakten Wiehl, Frankreich, Bd. 23; vgl. auch die undatierte Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes „Wünsche und Vorschläge der deutschen Regierung zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, aufgestellt im Anschluß an die deutsch-französischen Besprechungen vom 6. und 7. Dezember 1938“, in: PA, Handakten Wiehl, Frankreich, Bd. 1.39–3.39.

<sup>16</sup> Aufzeichnung Hemmen, 13. Juli 1937, in: PA, Abteilung W., Frankreich, Handel 13, Bd. 4.

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> Deutsche Botschaft Paris an Auswärtiges Amt, 10. Juli 1937, in: PA, Handakten Clodius, Frankreich, Bd. 20.

<sup>19</sup> Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz, 12. Juli 1937.

<sup>20</sup> Vertraulicher Bericht aus der Wirtschaftspressekonferenz, 13. Juli 1937, in: BA, Zsg 101/46.

den Länder; Förderung von Reisen einzelner Personengruppen zwischen den beiden Ländern sowie Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Drittländern.

Im Zentrum der Erörterungen stand der beiderseitige Wunsch nach einer Ausweitung des bilateralen Warenverkehrs. Die französische Seite stellte hier insbesondere die Frage zur Diskussion, ob Deutschland in einem stärkeren Maße als bisher die agrarische Überproduktion Frankreichs aufzunehmen in der Lage sei; hier biete sich die Möglichkeit, den Warenaustausch *großzügig auszuweiten* und *damit die sicherste Grundlage für eine dauernde politische Annäherung zu geben*. Die französischen Gesprächspartner vertraten die Auffassung, daß es in Deutschland angesichts seines Einfuhrbedarfs an Lebensmitteln leichtfallen müsse, französische Agrarprodukte aufzunehmen, während demgegenüber Frankreich mit einer Importsteigerung deutscher Industrieprodukte ein *schweres Opfer* bringe. Überdies sei eine Steigerung landwirtschaftlicher Exporte nach Deutschland für die französische Regierung auch von einer *großen innenpolitischen Bedeutung*. Die deutsche Seite reagierte auf diese französischen Wünsche mit dem Hinweis, daß erfahrungsgemäß die Aufnahme von Agrarprodukten, auf deren Export Frankreich besonderen Wert lege, wie Wein und Gemüse, in Deutschland wegen der entsprechenden eigenen Erzeugung *besonders schwierig sei*, diese Lage habe sich auch durch die *Vergrößerung Deutschlands wohl nicht verändert*.<sup>25</sup>

Was die Möglichkeiten einer Steigerung französischer Exporte nach Deutschland anbelangte, so wurde von deutscher Seite *unterstrichen*, und von französischer Seite *anerkannt*, daß *nach der Konstruktion der Wirtschaftsabmachungen eine Steigerung des Absatzes französischer Waren in Deutschland letzten Endes immer abhängig sei von der Bereitwilligkeit Frankreichs, in erhöhtem Maße deutsche Waren abzunehmen*. Erst wenn diese Voraussetzung erfüllt und durch verstärkte Käufe Frankreichs in Deutschland das Clearing wieder ausgeglichen sei, werde eine Erhöhung der deutschen Käufe in Frankreich möglich sein. Angesichts der Bilateralisierung des gesamten deutschen Außenhandels konnte die prinzipielle Bereitschaft Deutschlands zur Steigerung der Importe aus Frankreich immer als Hebel für die Intensivierung der deutschen Exporte nach Frankreich eingesetzt werden. Diese Tatsache versetzte die deutschen Unterhändler in die taktisch günstige Situation, auf eine Beseitigung von französischen Restriktionen gegenüber deutschen Produkten zu dringen. So verlangten sie eine größere Berücksichtigung deutscher Firmen bei der Erteilung von Staatsaufträgen in Frankreich, seinen Kolonien und Mandatsgebieten sowie eine Lockerung des Verbots der Verwendung ausländischen Materials, z. B. Straßenbaumaschinen, bei öffentlichen Ausschreibungen. Weitere deutsche Wünsche zielten auf eine beschleunigte Ratifizierung des bereits 1934 abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommens, eine Erleichterung für

die Einreise und den Aufenthalt deutscher Geschäftsleute in Frankreich und die bessere Anpassung der französischen Einfuhrkontingente an veränderte Wirtschaftsverhältnisse in Frankreich. So könnten einerseits zahlreiche Kontingente infolge des sich wandelnden französischen Bedarfs nicht mehr voll ausgenutzt werden, andererseits seien andere Kontingente inzwischen *völlig unzulänglich*, um den Bedarf an einzelnen deutschen Produkten, wie etwa Landmaschinen und Textilmaschinen, *auch nur einigermaßen zu decken*, denn hier lägen über die entsprechenden Kontingente hinaus Bestellungen für Jahre vor.<sup>26</sup>

Das Haupthindernis für die Steigerung deutscher Exporte nach Frankreich ist fraglos in der – mit dem Hinweis auf die nicht ausgeschöpften Kontingente bereits angeschnittenen – konjunkturellen Entwicklung der französischen Volkswirtschaft zu sehen. Beide Seiten waren sich dann auch darüber im klaren, daß *die wichtigste Voraussetzung für eine Wiederbelebung und Ausweitung des deutsch-französischen Warenverkehrs in einer innerwirtschaftlichen Konsolidierung Frankreichs bestehe*. Wenn die von der Regierung in Paris eingeleiteten wirtschaftlichen Maßnahmen erfolgreich seien und zu einer Steigerung des französischen Produktionsniveaus führten, so werde damit auch die *Aufnahmefähigkeit Frankreichs für deutsche Waren grundlegend verbessert*.<sup>27</sup>

Durch die Bindung der französischen Exporte nach Deutschland an das Volumen der deutschen Ausfuhren nach Frankreich einerseits und die Abhängigkeit der deutschen Exportziffern von der französischen Konjunkturentwicklung andererseits war einer Intensivierung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen enge Grenzen gesetzt. Diese Barrieren waren weder durch Verhandlungsgeschick noch durch das deutsche Bemühen, die Wirtschaftsbeziehungen von politischen Belastungen frei zu halten, prinzipiell zu überwinden. Die französische Wirtschaftsdiplomatie stand angesichts dieser Situation vor dem Dilemma, daß eine konjunkturelle Stütze durch verstärkte Ausfuhren nach Deutschland nicht möglich war, sondern umgekehrt eine Konjunkturbelebung in Frankreich eine grundlegende Voraussetzung für eine Steigerung französischer Ausfuhren nach Deutschland bildete.

Der Besuch Ribbentrops in Paris gab fraglos einen wichtigen Impuls zu einem intensiveren deutsch-französischen Meinungsaustausch über die Möglichkeiten einer Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen. Grundlegend neue Entwicklungen hätten diese Gespräche aber nur dann einleiten können, wenn sich das Dritte Reich zu einem prinzipiellen Kurswechsel seiner bilateralen Außenwirtschaftspolitik entschlossen oder wenn die Konjunkturentwicklung in Frankreich neue Daten gesetzt hätte. So haben sich die beiden Regierungen im wesentlichen darauf beschränkt (zumeist in Sitzungen der im Vertrag vorgesehenen Regierungsausschüsse), den Vertrag vom Juli 1937 fortzuschreiben, d. h. den jeweils neuen Situationen anzupas-

<sup>25</sup> Aufzeichnung über die deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen am 7. Dezember 1938 in Paris in: ADAP/D IV, S. 418f.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 418.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 417.

sen. Diese Anpassungen wurden in erster Linie durch die territoriale Expansion des Dritten Reiches notwendig.

Bereits am 2. August war es zur Unterzeichnung eines Zusatzabkommens zu den deutsch-französischen Abkommen über den Warenverkehr und über die Zahlungen aus dem Warenverkehr vom 10. Juli 1937 gekommen. Hier wurde im wesentlichen die Eingliederung der französisch-österreichischen in die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen vertraglich geregelt. Hervorzuheben ist insbesondere, daß es der Reichsregierung gelang, den Anteil der sog. „interessanten Waren“ von 44% (österreichische Einfuhr aus Frankreich) auf 70% anzuheben und damit eine *nennenswerte Verbesserung im Warenbezug an Rohstoffen aus Frankreich* zu erreichen. Außerdem konnte sich die Reichsregierung einige Österreich von Frankreich zugestandene Zollbindungen, die Deutschland zuvor nur im Wege der Meistbegünstigung gewährt wurden, jetzt direkt sichern.<sup>28</sup>

Nach dem Münchner Abkommen wurde eine Regelung über den Warenverkehr Frankreichs mit den sudetendeutschen Gebieten notwendig. Nach sechswöchigen Verhandlungen kamen Paris und Berlin am 10. März überein, die zur Regelung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen geschlossenen Verträge, Abkommen und Vereinbarungen auch auf die sudetendeutschen Gebiete anzuwenden. Wesentlich schwieriger gestaltete sich dann allerdings die Regelung des Wirtschaftsverkehrs zwischen dem »Protektorat Böhmen-Mähren« und Frankreich. Diese Frage war neben der Sicherung des Erzbezuges das wichtigste deutsche Ziel in den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, die wegen der anstehenden Verlängerung des Vertrages vom Juli 1937 notwendig waren. Aus politischen Gründen weigerte sich Paris mehrere Wochen lang, über das Protektoratsgebiet überhaupt zu verhandeln, weil Daladier solche Gespräche zunächst ausdrücklich untersagt hatte und sich erst auf Intervention von Außenminister Bonnet und Handelsminister Genthin bereit fand, dem nach schwierigen Verhandlungen erzielten modus vivendi zuzustimmen. Durch einseitige Deklaration wurde von Frankreich das französisch-tschechische Abkommen vom 7. März 1939 mit Wirkung vom Juli 1939 an auf das Protektoratsgebiet angewandt. Außerdem erklärte sich Paris bereit, die zunächst beschlagnahmten tschechischen Finanzforderungen sofort freizugeben. Offenbar wollte Frankreich die dann am 29. Juni 1939 vollzogene Verlängerung des deutsch-französischen Vertrages vom 10. Juli 1937 nicht scheitern lassen.<sup>29</sup>

Die deutschen Experten haben sich über die veränderte politische Stimmung in Frankreich allerdings keinen Illusionen hingeeben. Bei *durchaus freundschaftlich korrekter Haltung der französischen Unterhändler* vollzogen sich die Verhandlungen in einer *politisch gespannten, von Mißtrauen geladenen Atmosphäre der öffentlichen Meinung . . . die in der Wirtschaft*

*ihren Ausdruck in einer tief in den Käuferschichten wurzelnden Boykottstimmung fand*, berichtete der deutsche Verhandlungsführer, Hemmen, nach seiner Rückkehr nach Berlin. *Die Presse insbesondere begleitete die Verhandlungen beinahe täglich mit Ausführungen, die getragen waren von Mißtrauen gegen die Redlichkeit der deutschen Absichten, die Unfähigkeit der französischen Unterhändler, gegen die deutschen Machenschaften aufzukommen, und die Unmöglichkeit verlässlicher Abmachungen mit den deutschen Unterhändlern. Tägliche Angriffe der Presse richteten sich gegen eine weitere Eisenerzbelieferung Deutschlands, »das uns eines Tages in Gestalt von Bomben wieder auf den Kopf fallen wird«, und fanden Nahrung in entsprechenden Parlamentsanfragen.*<sup>30</sup>

Ungeachtet der ökonomischen und seit dem Frühjahr 1939 auch politischen Probleme, die einem weiteren Ausbau der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen entgegenstanden, gelang es dem nationalsozialistischen Regime, im Rahmen des Vertragswerkes vom Juli 1937, bis zum Kriegsausbruch wichtige Rohstoffeinfuhren aus Frankreich sicherzustellen. Diese insgesamt gesehen große wirtschaftliche Bedeutung des Vertrages wurde vom Reichswirtschaftsministerium Anfang 1940 zusammenfassend gewürdigt.

In seiner Aufzeichnung »25. Monate Deutsch-Französisches Vertragswerk« betonte das Ministerium weniger das Handelsvolumen, das aufgrund der konjunkturellen Entwicklung in Frankreich hinter den Erwartungen zurückgeblieben war, als vielmehr die warenmäßige Zusammensetzung der deutschen Einfuhren aus Frankreich. In der rd. zweijährigen Laufzeit des Vertrages entfielen über 90% der deutschen Warenbezüge aus Frankreich auf *für Deutschland wichtige Waren*, von denen rd.  $\frac{1}{3}$  dem gewerblichen und knapp 20% dem landwirtschaftlichen Sektor zuzurechnen sind.<sup>31</sup> Für den gewerblichen Sektor wurden vom Reichswirtschaftsministerium vor allem folgende Produkte mit ihrem jeweiligen prozentualen Anteil an den deutschen Gesamteinfuhren aus Frankreich herausgestellt:

	% der Gesamteinfuhr aus Frankreich
Eisenerze und eisenhaltige Abfälle	32,1
Wolle, Kammzug, Kammgarn	11,0
Holz (insbesondere Okouméholz)	8,2
Rohe Häute, Felle	6,0
Rohphosphate	4,3
NE-Metalle	2,3

Rund  $\frac{2}{3}$  der Einfuhren aus Frankreich bestanden mithin aus Rohstoffen, die für die Aufrechterhaltung der deutschen Rüstungskonjunktur dringend

<sup>28</sup> Vgl. Aufzeichnung Hemmen, 10. August 1938, in: PA, Abteilung W., Frankreich, Handel 13, Bd. 6.

<sup>29</sup> Vgl. insbesondere Aufzeichnung Kreuzwald, 10. Juli 1939; ebenda, Bd. 8.

<sup>30</sup> Aufzeichnung Hemmen, 14. Juli 1939, ebenda.

<sup>31</sup> Anlage zu Reichswirtschaftsministerium an Auswärtiges Amt, 2. Februar 1940, ebenda.

benötigt wurden. Der gesamtwirtschaftliche Stellenwert einiger dieser Importe wird vor allem dadurch sichtbar, daß Frankreich im Jahre 1938, dem einzigen »Normaljahr« in der Laufzeit des Vertrages, Deutschlands zweitwichtigster Lieferant für Eisenerze (23% der deutschen Gesamteinfuhr) war – nach Schweden (41%) und vor Belgien-Luxemburg (8%). Bei den in dieser Statistik enthaltenen Rohphosphatlieferungen aus Algerien und Französisch-Marokko nahm Frankreich mit 26% Anteil an der deutschen Gesamteinfuhr ebenfalls den zweiten Rang unter den deutschen Lieferländern ein, hinter den USA (50%) und vor der Sowjetunion (14%). Diesen Lieferungen kam vor allem angesichts der zunehmenden Spannungen des Dritten Reiches mit den Vereinigten Staaten eine über die in der Statistik erkennbare Bedeutung zu. Der Import von Häuten und Fellen aus Frankreich machte zwar nur 6% der deutschen Gesamteinfuhr aus, immerhin stand Frankreich aber an dritter Stelle hinter Argentinien (15%) und Brasilien (14%) und war bei diesem Rohstoff ebenso wie bei Wolle der wichtigste Lieferant Deutschlands in Europa.<sup>32</sup>

Diese Zahlenangaben können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der deutsch-französische Warenaustausch auf einem im Vergleich zum Jahre 1928 niedrigen Niveau bewegte. Die deutschen Importe aus Frankreich betragen mit 144 Millionen RM im Jahre 1938 nur noch ein Fünftel des Jahres 1928. Bei den deutschen Ausfuhren nach Frankreich ist diese Entwicklung nicht ganz so kraß (mit 217 Mill. RM ein Drittel des Jahres 1928). Es handelt sich hier um eine gegenüber dem deutschen Außenhandel insgesamt überproportionale Schrumpfung, denn die deutschen Einfuhren verringerten sich in der Vergleichszeit auf 39%, die Ausfuhren auf 44%. Der Anteil Frankreichs an den deutschen Importen hatte sich mithin von 5,3% (1928) auf 2,6% (1938) reduziert, das entsprach dem Einfuhranteil Rumäniens. Der französische Anteil bei den deutschen Exporten ging von 5,8% auf 4,1% zurück, das entsprach etwa den deutschen Exporten nach Rumänien und Jugoslawien.<sup>33</sup>

Analog zu dieser Entwicklung verminderte sich auch der Stellenwert Deutschlands im Außenhandel Frankreichs (von 9,3% auf 6,9% bei den französischen Importen und von 10,8% auf 6% bei den französischen Exporten), rein zahlenmäßig blieb der östliche Nachbar jedoch für den Außenhandel Frankreichs von größerer Bedeutung als Frankreich für die Außenwirtschaftspolitik des Dritten Reiches.<sup>34</sup> Diese Asymmetrie war allerdings viel zu gering, als daß sie von der nationalsozialistischen Führung zur Realisierung außenpolitischer Zielsetzungen gegenüber Frankreich hätte instrumentalisiert werden können, wie dies etwa gegenüber den südosteuropäischen Agrarstaaten von der Berliner Diplomatie erfolgreich praktiziert wurde. Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen der beiden Staaten wurden von politischen Zielsetzungen des Dritten Reiches nicht unmittelbar be-

einflußt. Das nationalsozialistische Regime hat die Entwicklung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen auch zu keinem Zeitpunkt politisch-ideologischen Prämissen untergeordnet. Der Berliner Diplomatie ging es vielmehr darum, durch eine pragmatische Fortentwicklung vor allem der Handelsbeziehungen mit Frankreich einen Beitrag zur Absicherung der außenwirtschaftlichen Flanke der nationalsozialistischen Rüstungswirtschaft zu leisten.<sup>35</sup>

Die Schwäche der französischen Konjunktur<sup>36</sup> bildete zwar ein Hemmnis für die Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, bei der Auseinandersetzung mit dem französischen Einfluß in Drittländern erwies sich aber gerade die schwierige Situation auf dem französischen Binnenmarkt als entscheidender Vorteil für die deutsche Wirtschaftsdiplomatie und darüber hinaus für das gesamte außenpolitische Kalkül des Dritten Reiches.

## II

Angesichts der geringen Expansionsmöglichkeiten der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen war es aus französischer Sicht konsequent, der deutschen Seite eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in dritten Ländern vorzuschlagen. Von französischer Seite wurde dann auch in den erwähnten Besprechungen vom Dezember 1938 eine solche Kooperation der beiden Länder angeregt und betont, daß hierfür namentlich wirtschaftlich unterentwickelte Regionen in Frage kämen, weil hier eine *großzügige Aufbauarbeit lohnend wäre*. Als Beispiele wurden große Straßenbauprojekte auf dem Balkan und Hafenbauarbeiten in Südamerika genannt. Bei der Realisierung derartiger Projekte sollte es sich in der Regel nicht um Regierungsabmachungen handeln, sondern um eine von den Regierungen lediglich geförderte Zusammenarbeit zwischen interessierten französischen und deutschen Industrie- und Finanzgruppen. Paris zeigte sich in diesem Zusammenhang auch für eine Einbeziehung der französischen Kolonialgebiete gesprächsbe-

<sup>35</sup> Da mich die von POIDEVIN anhand französischer Quellen entwickelte These von einem französischen »economic appeasement« bis Anfang März 1939 voll überzeugt, habe ich diese Passage zum Verhältnis ökonomischer und politischer Zielsetzungen beider Staaten für den Bereich der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen jetzt vorsichtiger formuliert als in der zur Tagung vorgelegten Fassung.

<sup>36</sup> Vgl. hierzu im einzelnen SAUVY, Alfred, *Histoire économique de la France entre les deux guerres. De Pierre Laval à Paul Reynaud*, Paris 1967, insbesondere die Tabelle auf S. 528: Der Index der industriellen Produktion (1928 = 100, 1931 = 94) war zwar in den Jahren 1936 (85) und 1937 (89) gegenüber dem Stand von 1935 (79) angestiegen, fiel 1938 aber wieder auf 83 (August 1938 = 70) zurück und erreichte erst im Jahre 1939 (bezogen auf die ersten sieben Monate) wieder den Stand des Jahres 1931. Vgl. hierzu auch KIERSCH, Gerhard und HÖHNE, Roland, *Frankreich – Innerer und äußerer Machtverfall einer bürgerlichen Demokratie, in: Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung. Determinanten internationaler Beziehungen in historischen Fallstudien*, hrsg. v. Erhard FORNDRAN, Frank GOLCZEWSKI und Dieter RIESENBERGER, Opladen 1977, S. 32–57; vgl. jetzt auch den Beitrag von Jean-Louis CRÉMIEUX-BRILHAC in diesem Band.

<sup>32</sup> Zahlenangaben nach: Statistisches Handbuch von Deutschland (s. Anm. 15), S. 414 ff.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 410 f.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 451, 453.

reit, allerdings mit der Einschränkung, daß sich in diesen Regionen *natürlich Frankreich die erste Hand vorbehalten müsse*. Aus ökonomischer Sicht war eine Zusammenarbeit in Drittländern für eine Vertiefung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen, deren Fortentwicklung im bilateralen Rahmen Grenzen gesetzt waren, fraglos sinnvoll und erfolgversprechend. Aus deutscher Sicht war die von Paris vorgeschlagene Kooperation in Drittländern jedoch von vornherein überaus eng begrenzt, und zwar aus politischen Gründen.<sup>37</sup>

Diese politische Komponente manifestiert sich etwa in der internen deutschen Debatte über die Zweckmäßigkeit einer deutsch-französischen Wirtschaftskooperation in Spanien, zu dessen Wiederaufbau eine Zusammenarbeit *aller konstruktiven Kräfte Europas* nötig sei,<sup>38</sup> wie es ein französischer Diplomat formulierte. Aus der Sicht der Wirtschaftsabteilung der deutschen Botschaft in Paris war ein solches gemeinsames Vorgehen durchaus im deutschen Interesse. Deutschland und Frankreich könnten sich hierbei *gut ergänzen*. Deutschland biete die *guten Beziehungen zur Franco-Regierung, seine bereits eingeführten Techniker und die bestehenden Organisationen*, während Frankreich langfristige Kredite in Devisen und gegebenenfalls auch Arbeitskräfte zur Verfügung stellen könne. Deutschland müsse möglichst schnell entsprechende Anregungen an Frankreich herantragen, denn nach dem Fall Barcelonas *drängen die Wirtschaftskreise Frankreichs immer mehr auf beschleunigte Herstellung von normalen Beziehungen zu Franco*, berichtete Gesandtschaftsrat Campe. *Wirtschaft und Finanz des Landes warten nur auf ihren Anteil am Aufbau Spaniens, der ihnen nach ihrer Ansicht angesichts der Flüssigkeit des französischen Kapitalmarktes und der engen persönlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen über die Grenzen hinweg notwendigerweise zufallen muß*. Die Regierung zögere zunächst noch, *einen plötzlichen »volte face« zu machen*, suche aber letzten Endes nur einen guten Anlaß, um die Beziehungen zu Franco ohne allzu großen Prestige-Verlust aufnehmen zu können. Eine deutsch-französische Kooperation beim Aufbau Spaniens und die daraus resultierende Bindung französischer Wirtschafts- und Finanzkreise an das Nationale Spanien würde daher, abgesehen vom großen wirtschaftlichen, *auch den politischen Vorteil mit sich bringen, die Anerkennung des Nationalen Spaniens durch Frankreich zu beschleunigen*.<sup>39</sup>

Aber gerade wegen der von der Botschaft erwähnten politischen Implikationen wurde eine deutsch-französische wirtschaftliche Zusammenarbeit in Spanien von der entsprechenden Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes energisch abgelehnt. Angesichts der Situation, in der sich Paris aufgrund seiner bisherigen Spanienpolitik befinde, sei der französische

<sup>37</sup> Aufzeichnung über die deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen am 7. Dezember 1938 in Paris, in: ADAP/D IV, S. 420.

<sup>38</sup> So Graf de la Baume gegenüber Gesandtschaftsrat von Campe; Campe an Wiehl, 22. Februar 1939, Anlage vom 21. Februar 1939, in: ADAP/D IV, S. 436.

<sup>39</sup> Aufzeichnung Campe über eine deutsch-französische Zusammenarbeit beim Wiederaufbau Spaniens, 1. Februar 1939, ebenda, S. 437.

Wunsch nach einer solchen Kooperation *wohl verständlich*. In weitesten spanischen Kreisen habe die französische Politik eine *sehr tiefgehende Mißstimmung* hervorgerufen, die vielfach in eine *Sphäre des Hasses* übergehe. *Die Spanier wissen, daß die französische Unterstützung für Rotspanien den Krieg um ein Jahr und mehr verlängert hat und daß die Franzosen für einen großen Teil der Blut- und Materialopfer, die Spanien in diesem Krieg hat bringen müssen, verantwortlich sind. Unsere Situation ist die gerade umgekehrte der Franzosen. Nichts könnte den Franzosen deshalb angenehmer sein, als mit uns Arm in Arm in Spanien aufzutreten. Wir haben nicht das geringste Interesse daran, den Franzosen ihre Lage in Spanien zu erleichtern. Außerdem würde ein gemeinsames Auftreten mit ihnen uns selbst diskreditieren und Schwierigkeiten bereiten. Die Spanier würden so etwas unter den gegebenen Verhältnissen sicherlich ganz unbegreiflich finden*.<sup>40</sup> Ähnlich vertrat auch die wirtschaftspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes die Auffassung, daß das von Frankreich gewünschte deutsch-französische wirtschaftliche Zusammengehen in Spanien aus *politischen Rücksichten ... abzulehnen* sei.<sup>41</sup>

In einem wie starkem Maße einer deutsch-französischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Drittländern politische Überlegungen und Zielsetzungen Berlins entgegenstanden, zeigt am deutlichsten das Beispiel Südosteuropa. In seiner außenpolitischen Lagebeurteilung vom April 1933 hatte Außenminister Neurath vor dem Kabinett gegenüber den südosteuropäischen Agrarstaaten eine wirtschaftliche und politische Doppelstrategie empfohlen. Gerade angesichts der Tatsache, daß *über die Tschechoslowakei der politische Einfluß Frankreichs* in Südosteuropa wieder gestärkt worden sei, müsse Berlin versuchen, *Rumänien und Jugoslawien in wirtschaftlicher Hinsicht zu unterstützen, einmal, um politischen Einfluß zu gewinnen, und ferner, um dieses wichtige Absatzgebiet für unsere Ausfuhr zu erhalten*. Neurath, der sich im wesentlichen auf die Denkschrift von Staatssekretär Bülow vom März 1933 stützte, bezeichnete es in diesem Zusammenhang als notwendig, die auf der Konferenz von Stresa 1932 *inaugurierte Wirtschaftspolitik fortzusetzen und nach Möglichkeit den notleidenden Agrarstaaten des Balkans Zollpräferenzen für ihre wirtschaftliche Ausfuhr zu gewähren*.<sup>42</sup>

Für die vom Auswärtigen Amt formulierte Zielsetzung, sich mit wirtschaftlichen Mitteln in die Politik der Kleinen Entente einzuschalten, ist der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag vom 1. Mai 1934 ein Musterbeispiel. Die Reichsregierung gewährte für zahlreiche jugoslawische Agrarprodukte (wie Pflaumen, Eier, Äpfel, Weizen, Mais und Schmalz) Präferenzen, die durch eine von Deutschland zu leistende *geheime Rückvergütung* nach außen verschleiert wurden. Diese deutschen Konzessionen schienen der

<sup>40</sup> Vermerk Schwendemann, 7. März 1939, ebenda, S. 442.

<sup>41</sup> Aufzeichnung Kreuzwald, 1. März 1939, ebenda, S. 439.

<sup>42</sup> Niederschrift über die Ministerbesprechung vom 7. April 1933, in: ADAP/C I, S. 258; vgl. zum folgenden auch SCHRÖDER, Hans-Jürgen, Südosteuropa als »Informal Empire« Deutschlands 1933–1939. Das Beispiel Jugoslawien, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 23 (1975), S. 70–96, mit weiteren Belegen.

Wilhelmstraße geeignet, um bei längerer Geltung des Vertrages den deutschen Markt für die jugoslawische Ausfuhr unentbehrlich zu machen. Hier erblickte das Auswärtige Amt die Möglichkeit, gegebenenfalls auch Druck auf Jugoslawien auszuüben.<sup>43</sup>

Das Ziel der Verhandlungen, den Warenaustausch mit Jugoslawien auf eine breitere Basis zu stellen, Deutschland die *Entwicklungsmöglichkeiten auf dem jugoslawischen Markt offen zu halten* und für Deutschland *in der Kleinen Entente einen wirtschaftlichen Stützpunkt zu schaffen*, war mit dem Handelsvertrag weitgehend verwirklicht.<sup>44</sup> Der Handelsvertrag und das mit Schachts Neuem Plan etablierte Prinzip, den Außenhandel auf einen bilateralen Tauschhandel zu reduzieren, waren die entscheidenden Instrumente zur wirtschaftlichen und politischen Durchdringung Jugoslawiens. Diese auch gegenüber den anderen südosteuropäischen Staaten erfolgreiche deutsche Strategie hat sich in der Handelsstatistik eindrucksvoll niedergeschlagen: Der deutsche Anteil an den jugoslawischen Importen stieg bis zum Jahre 1936 auf 27% und verdoppelte sich damit gegenüber dem Stand von 1933 (13%). Im gleichen Zeitraum verminderte sich der Anteil Englands, Frankreichs und Italiens von zusammen 30% im Jahre 1933 auf 13% im Jahre 1936. Die entsprechenden Veränderungen bei den jugoslawischen Exporten lauten: Erhöhung von 14% auf 26% für Deutschland, Verminderung von 26% auf 15% für England, Frankreich und Italien. Der französische Anteil am jugoslawischen Außenhandel veränderte sich wie folgt: 2,5% (1936) gegenüber 4,2% (1933) bei den jugoslawischen Importen, 2% gegenüber 2,2% bei den jugoslawischen Exporten.<sup>45</sup> Die Außenhandelsstatistiken zeigen deutlich, daß bereits im Jahre 1936 die erste Etappe nationalsozialistischer Hegemonialpolitik in Südosteuropa realisiert war. In den folgenden Jahren hat das nationalsozialistische Regime dann die deutsche Vormachtstellung in Südosteuropa systematisch weiter ausgebaut, jetzt im Rahmen einer deutsch-österreichischen und deutsch-italienischen Verständigung. Die mit dem Anschluß Österreichs eingeleitete territoriale Expansion des Dritten Reiches hat die Agrarstaaten Südosteuropas dann in einem immer stärkeren Maße vom deutschen Markt abhängig gemacht. Während der Anteil Jugoslawiens am deutschen Außenhandel im Jahre 1938 lediglich 3% betrug, war Deutschland mit 40% bis 50% an den jugoslawischen Importen und Exporten beteiligt.<sup>46</sup>

Diese starke wirtschaftliche Abhängigkeit Jugoslawiens von Deutschland war fraglos auch von politischer Bedeutung. Die ökonomischen Bindungen Belgrads an Berlin implizierten insofern eine Unterminierung des französischen Sicherheitssystems, als es der Reichsregierung mittels informeller ökonomischer Einflußnahme gelang, die Tschechoslowakei von den ande-

ren Staaten der Kleinen Entente zu isolieren und damit das von der Berliner Politik als *ein Fundament französischer Macht*<sup>47</sup> definierte Bündnis zu unterminieren. Von Paris aus unternommene Versuche – wie etwa mit der Wirtschaftskonferenz der Staaten der Kleinen Entente Anfang 1936 –, die Kleine Entente wirtschaftlich und politisch zu stabilisieren, konnten von Berlin aufgrund seines wachsenden wirtschaftlichen Einflusses abgeblockt werden. Mit Zufriedenheit wurde Anfang 1938 in der Wilhelmstraße festgestellt, daß *die Erkenntnis dieser steigenden wirtschaftlichen Verbundenheit Jugoslawiens mit Deutschland dazu beigetragen habe, die seit Jahren sich vorbereitende politische Abkehr Jugoslawiens von den gegen Deutschland gerichteten politischen Kombinationen im Donaauraum zu erleichtern und zu beschleunigen*.<sup>48</sup>

Die politischen Implikationen der deutschen handelspolitischen Erfolge wurden von der französischen Diplomatie klar diagnostiziert. So nahm François-Poncet die Balkanreise Schachts vom Sommer 1936 zum Anlaß, auf die enge Verknüpfung wirtschaftlicher und politischer Ziele in der deutschen Politik gegenüber Südosteuropa hinzuweisen: *M. Schacht ... ne se gêne pas pour proposer à ses interlocuteurs de tourner leur activité économique exclusivement vers l'Allemagne, qui deviendrait leur seul client et leur seul fournisseur. Quand on sait combien la tradition allemande s'attache à mêler étroitement les intérêts politiques et les intérêts économiques et à placer ceux-ci dans la dépendance de ceux-là, on ne peut douter que le périple de M. Schacht n'exprime et ne continue les efforts patients du Troisième Reich en vue de la constitution d'une »Mitteleuropa«, qui s'ordonnerait sous sa tutelle*. François-Poncet kam zu dem Schluß, daß es Deutschland insbesondere darauf abgesehen habe, das französische Bündnissystem zu schwächen: *Elle s'applique à disloquer la Petite Entente, pour frayer les voies à son hégémonie en Europe centrale*.<sup>49</sup>

Eine vom Quai d'Orsay für den Außenminister erstellte Analyse der deutschen Südosteuropapolitik kam zu ähnlichen Ergebnissen; auch hier wurden die politischen Gefahren der deutschen Wirtschaftsexpansion klar erkannt: *Il est superflu d'insister sur les conséquences de cette pénétration commerciale. Le drapeau suit la marchandise. ... Le récent voyage du Dr. Schacht dans les pays de l'Europe danubienne et balkanique, celui qu'y avait effectué précédemment le général Goering, ont illustré les efforts que multiplie l'Allemagne pour se rouvrir par une pénétration économique l'accès politique de ces régions que lui avait fermé sa défaite militaire*. Was die Wirkungen dieser deutschen Strategie auf die Kleine Entente anbelangt, so wurde resignierend festgestellt, daß sich Jugoslawien als schwächstes Glied erwiesen habe.<sup>50</sup>

<sup>43</sup> Auswärtiges Amt an Deutsche Botschaft Rom, 21. Juni 1934, in: ADAP/C III, S. 52ff.

<sup>44</sup> Ebenda, S. 52.

<sup>45</sup> Zahlenangaben nach MEISS, Klaus-Dieter, Die deutsch-jugoslawischen Beziehungen von Hitlers Regierungsantritt bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges, Phil. Diss. Göttingen 1955 (MS), S. 317.

<sup>46</sup> Ebenda.

<sup>47</sup> Bericht über die Präsidialsitzung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, 28. November 1935, in: PA, Handakten Nachtrag VLR Benzler, Donaauraum, Bd. 1.

<sup>48</sup> Aufzeichnung Clodius, 7. Januar 1938, in: ADAP/D V, S. 184.

<sup>49</sup> François-Poncet à Ministre des Affaires Etrangères, 18. Juni 1936, in: Documents Diplomatiques Français 1932–1939, 2<sup>e</sup> Série (1936–1939), Tome II, Paris 1964, S. 481.

<sup>50</sup> Note Massigli pour le Ministre, 9. Juli 1936, ebenda, S. 637f.

Allerdings wurde diese politische Komponente der deutschen Südosteuropapolitik von deutscher Seite nicht lautstark gefeiert, im Gegenteil: Bereits nach dem Abschluß des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages hatte es das Auswärtige Amt als *politisch nicht erwünscht* bezeichnet, wenn die *wirtschaftliche und die damit im Zusammenhang stehende politische Bedeutung* des Vertrages im Ausland *besonders aufgebauscht und zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen gemacht würde*.<sup>51</sup> Angesichts der spektakulären handelspolitischen Erfolge Deutschlands in Südosteuropa war eine solche Diskussion natürlich nicht zu verhindern. In dem publizistischen und diplomatischen Gedankenaustausch verfolgte die Reichsregierung allerdings die Taktik, die wirtschaftlichen Momente der deutschen Südosteuropapolitik ganz in den Vordergrund zu stellen. Die seit Jahren vergeblich unternommenen Versuche zur wirtschaftlichen Sanierung des Donauraums wurden von deutscher Seite damit erklärt, daß sowohl die Donaustaaten als auch die interessierten Großmächte und hier besonders Frankreich *vielfach nicht rein wirtschaftliche Lösungen gesucht, sondern politische Ziele der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit untergeordnet hätten*.<sup>52</sup> Die Reichsregierung leugnete dagegen ihre politischen Zielsetzungen in Südosteuropa. So erklärte Hitler noch Anfang 1938 gegenüber dem jugoslawischen Ministerpräsidenten Stojadinović, Deutschland habe *nur wirtschaftliche Interessen im Balkan, politische Interessen nur insoweit, als es an politischer Konsolidierung des Balkans aus wirtschaftlichen Gründen interessiert sei*, Deutschland wünsche *nichts als offene Türen* für seine Wirtschaft.<sup>53</sup> Die Taktik der Reichsregierung, sich bei Verhandlungen mit den südosteuropäischen Agrarstaaten ganz auf wirtschaftliche Fragen zu konzentrieren, hatte für das Dritte Reich den großen Vorteil, daß die Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu den einzelnen südosteuropäischen Staaten von politischen Störungen weitgehend freigehalten werden konnte. Die Entfaltung einer wirtschaftlichen Vormachtstellung in Südosteuropa versetzte die Reichsregierung in die Lage, ihre politischen Ziele zu realisieren, *ohne der französischen Regierung einen Anhalt zu offenem Widerstand zu bieten*, wie Botschafter Welczek aus Anlaß des deutsch-österreichischen Abkommens vom Juli 1936 formulierte.<sup>54</sup> Die These, das Dritte Reich habe »Konflikte mit den Westmächten in Südosteuropa ... mitunter geradezu gesucht« ist daher nicht haltbar.<sup>55</sup>

Die hier am Beispiel der deutschen wirtschaftlichen Durchdringung Jugoslawiens skizzierte politische Komponente der deutschen Südosteuropa-

politik (Jürgen Förster konzentriert sich in seiner Intervention auf Rumänien<sup>56</sup>) ist auch für die Analyse der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen von zentraler Bedeutung. Konnte es angesichts der auf die Etablierung eines »Informal Empire« abzielenden deutschen Südosteuropapolitik überhaupt zu der von Paris angeregten umfassenden französisch-deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit in dieser Region kommen? Vor der Beantwortung dieser Frage soll zunächst kurz geklärt werden, welche Mittel der französischen Diplomatie zur Verfügung standen, um der in ihrem politischen Kern gegen das französische Sicherheitssystem gerichteten Südosteuropapolitik wirksam zu begegnen.

Die französische Diplomatie hat zunächst versucht, die deutschen Erfolge in Südosteuropa durch eine stärkere Reaktivierung ihrer traditionellen Sicherheits- und Bündnispolitik zu neutralisieren. So formulierte Ministerpräsident Blum in seiner Regierungserklärung vom 23. Juni 1936: *Avec la Belgique, la Roumanie, la Tchécoslovaquie, la Yougoslavie, la France se sent unie autant que par les traités, par une étroite intimité de pensée et de cœur. Leur sécurité constitue un élément de notre propre sécurité comme notre sécurité fait partie intégrante de la leur*.<sup>57</sup> Die hier artikulierte enge Verknüpfung der Sicherheit der Staaten der Kleinen Entente und der französischen Sicherheit sollte in einem Vertrag über gegenseitige Hilfe in jedem Angriffsfall untermauert werden. Gerade aber die Tatsache, daß dieser französische Vorschlag bei den Staaten der Kleinen Entente eine negative Aufnahme fand, habe der französischen Politik gezeigt, so Botschafter Welczek, *wie sehr in Mitteleuropa die Neigung zu solchen kollektiven Konstruktionen abgenommen hat*. Durch die Ereignisse des 7. März 1936 sei das *Gefüge der französischen Politik in Mitteleuropa erschüttert*, hieß es in dem vorzüglichen Bericht. *Die trotz lauter Proteste schließlich hingenommene Wiederbesetzung des Rheinlandes bedeutete für Frankreich nach der Auffassung seiner Verbündeten den Verlust eines militärischen und politischen Glacis*. Angesichts dieser Situation werde Frankreich *nun andere Mittel zur Durchsetzung seiner Politik wählen müssen*.<sup>58</sup>

Die Diskreditierung der französischen Sicherheitspolitik zwang Paris zu dem Versuch, der nationalsozialistischen Hegemonialpolitik stärker mit ökonomischen Mitteln zu begegnen. Zu Recht ist in diesem Zusammenhang auf das amerikanisch-britisch-französische Währungsabkommen vom September 1936 verwiesen und die These vertreten worden, »que la déclaration du 25 septembre constituait le premier pas d'une reconstruction économique,

<sup>51</sup> Auswärtiges Amt an Deutsche Botschaft Rom, 21. Juni 1934, in: ADAP/C III, S. 53.

<sup>52</sup> So in einem vom Auswärtigen Amt lancierten Aufsatz »Wirtschaft und Politik im Donauraum«, in: Der Deutsche Volkswirt 10 (1935/36), S. 849f. (Hervorhebung im Original).

<sup>53</sup> Aufzeichnung Heeren, 17. Januar 1938, in: ADAP/D V, S. 188, 190.

<sup>54</sup> Deutsche Botschaft Paris an Auswärtiges Amt, 6. August 1936, in: PA, Politische Abteilung II, Frankreich, Politik 1, Bd. 1.

<sup>55</sup> So HALLGARTEN, Georges W., F. und RADKAU, Joachim, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt/Main 1974, S. 331.

<sup>56</sup> Siehe unten, S. 680–682, vgl. zu Rumänien insbesondere auch MARGUERAT, Philippe, Le III<sup>e</sup> Reich et le pétrole roumain 1938–1940. Contribution à l'étude de la pénétration économique allemande dans les Balkans à la veille et au début de la Seconde Guerre Mondiale, Leiden 1977, 231 S.

<sup>57</sup> Zitiert in: Deutsche Botschaft Paris an Auswärtiges Amt, 5. Mai 1937, in: PA, Politische Abteilung II, Frankreich, Politik 1, Bd. 2.

<sup>58</sup> Ebenda.

européenne, seule susceptible de trouver ensuite pacifiquement des solutions politiques au grand challenge opposant démocraties et fascismes . . . »<sup>59</sup>

Allerdings erwies sich dieser Schritt als Mittel zur Eindämmung der nationalsozialistischen Hegemonialpolitik als ebenso erfolglos wie die Versuche Frankreichs, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit den südosteuropäischen Staaten zu intensivieren. Zwar vermochte Frankreich beispielsweise den Warenaustausch mit Jugoslawien 1937 für einen kurzen Zeitraum zu erhöhen, aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur und wegen der negativen konjunkturellen Entwicklung der französischen Wirtschaft war Paris zu einer umfassenden, gegen das Dritte Reich gerichteten, handelspolitischen Offensive nicht in der Lage. Seine finanzpolitische Überlegenheit vermochte die französische Diplomatie nicht mehr im gleichen Maße wie nach dem Ersten Weltkrieg auszuspielen, weil im Verlauf der Weltwirtschaftskrise das Absatzproblem für die südosteuropäischen Staaten immer stärker in den Vordergrund rückte. Konsequenterweise hat die französische Diplomatie eine wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit Deutschland anvisiert, um auf diese Weise einer endgültigen Ausschaltung französischer Interessen entgegenzuwirken. Genau aus diesem Grunde schien jedoch der Wilhelmstraße bei einer *Gemeinschaftsarbeit* von französischer Kapitalkraft und *hochgezüchteter deutscher Exportindustrie* zur Erschließung unterentwickelter Länder *Vorsicht geboten*, damit nicht der *Kreditgeber über die Kapitalfessel wirtschaftlichen Einfluß gewinnt*.<sup>60</sup> Eine solche Entwicklung wünschte Berlin vor allem in Südosteuropa zu verhindern. Übrigens hatte Hitler bereits im April 1933 Schacht aufgefordert, bei seinen bevorstehenden Besprechungen in Paris *Andeutungen über ein wirtschaftliches Zusammengehen mit Frankreich in Südosteuropa zurückzustellen*.<sup>61</sup>

Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich in Drittländern war für die Reichsregierung offenbar nur dann interessant, wenn die deutsche Diplomatie ihre Ziele nicht autonom durchsetzen konnte. So kann es nicht überraschen, daß zwischen Paris und Berlin Anfang 1939 lediglich sog. Kolonialprojekte<sup>62</sup> spruchreif waren, deren Realisierung dann durch den Kriegsausbruch nicht mehr zur Debatte stand.

### III

Die wirtschaftliche Schwäche Frankreichs hat in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre entscheidend dazu beigetragen, daß das nationalsozialistische

<sup>59</sup> GIRAULT, René, Léon Blum, la dévaluation de 1936 et la conduite de la politique extérieure de la France, in: Relations Internationales 13 (1978), S. 104.

<sup>60</sup> Aufzeichnung Sthamer über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen, 3. Dezember 1938, in: PA, Abteilung W., Frankreich, Handel 13, Bd. 6.

<sup>61</sup> Niederschrift über die Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Reichsregierung, 24. April 1933, in: ADAP/C I, S. 338.

<sup>62</sup> Vgl. z. B. Deutsche Botschaft Paris an Auswärtiges Amt, 3. März 1939, in: ADAP/D IV, S. 440f.

Regime seine wirtschaftliche und damit auch politische Hegemonialstellung hat weiter ausbauen können. Die durch die französische Konjunkturerwicklung begrenzten Möglichkeiten zu einer Ausweitung der bilateralen deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen erwiesen sich für die nationalsozialistische Politik daher insgesamt eher als Vorteil. Hier handelt es sich allerdings keineswegs um eine in den 1920er Jahren etwa durch die Wirtschaftsstruktur Deutschlands und Frankreichs bereits zwingend vorgezeichnete Konstellation, sondern um eine spezifische Entwicklung der 1930er Jahre.